



Antrag

der Abgeordneten **Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger SPD**

Bericht zu den Scientology-Vorwürfen im Haus der Kunst

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst unverzüglich und vollumfänglich in mündlicher und schriftlicher Form über den Sachstand zu den Scientology-Vorwürfen im Haus der Kunst zu berichten.

Begründung:

Seit der Aufdeckung der Scientology-Umtriebe im staatlich finanzierten Haus der Kunst in München wird deutlich, dass sich der Skandal immer mehr ausweitet.

Wie durch interne Dokumente belegt werden kann, wusste das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst seit längerer Zeit von den Scientology-Vorwürfen gegen Mitarbeiter der renommierten Kulturinstitution. Der Betriebsrat des Hauses der Kunst hatte den von Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle geleiteten Aufsichtsrat bereits im Juli 2016 offiziell über die Vorwürfe informiert und selbst der Bayerische Verfassungsschutz war mit dem Fall befasst. Obwohl der verantwortungsvolle Bereich des Personalmanagements des Museums von dem Verdacht betroffen war, wurden keine Konsequenzen daraus gezogen und die annähernd 100 Beschäftigten blieben dieser Situation weiterhin ausgesetzt. Noch im Februar 2017 blieb eine diesbezügliche SPD-Anfrage an das Staatsministerium ohne konkrete Antwort. Erst durch Presseberichte gezwungen, hat das Staatsministerium eingeräumt, von den Vorgängen Kenntnis zu haben. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst muss unverzüglich über den detaillierten Sachstand zu den Scientology-Vorwürfen informiert werden.

Das Haus der Kunst steht, auch in Folge seiner belasteten Vergangenheit und seiner daraus erwachsenen besonderen Verantwortung im Fokus der Kulturpolitik. Der Staat muss, auch im Sinne der Beschäftigten, alle Vorkehrungen treffen, dass totalitäre Gruppierungen in solch einem renommierten Haus keinen Einfluss gewinnen.